

liehen Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik.

2. Das Referat von Walter Ulbricht und die Beschlüsse der II. Parteikonferenz gaben eine präzise Bestimmung der internationalen und nationalen Bedingungen, die die gegenwärtige Situation in Deutschland und insbesondere in der Deutschen Demokratischen Republik bestimmen und den Übergang zum Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik erfordern und ermöglichen.
3. Die II. Parteikonferenz gab eine klare Perspektive für die weitere Entwicklung von Staat und Recht in der Deutschen Demokratischen Republik und stellte für den nächsten Abschnitt dieser Entwicklung konkrete Aufgaben.

## II

Die Ergebnisse der II. Parteikonferenz ermöglichen uns eine wissenschaftlich begründete Einschätzung der bisherigen staatlichen Entwicklung im Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik. Sie setzen uns damit in den Stand, sowohl die bis jetzt geschaffenen politischen und juristischen Institutionen, wie die existierenden politischen und juristischen Anschauungen richtig zu begreifen und laufend daraufhin zu überprüfen, ob sie unter den inzwischen eingetretenen neuen Bedingungen noch ihre Funktionen als Teile des Überbaus erfüllen können. Wir werden dadurch befähigt, durch bewußtes, planmäßiges Handeln das, was den gesellschaftlichen Bedingungen nicht mehr entspricht, das, was den gesellschaftlichen Fortschritt nicht mehr fördert, umzugestalten, zu verändern.

Was ist nun das Entscheidende an der Analyse der bisherigen Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik, die Walter Ulbricht gab?

1. Die Entwicklung nach 1945 in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone durchlief zunächst eine Etappe der Zuendeführung der bürgerlich-demokratischen Revolution und der Vernichtung der Wurzeln des faschistischen deutschen Imperialismus, die sich unter Führung der vereinigten Arbeiterklasse und bei Zusammenschluß aller demokratischen Kräfte um sie vollzog.
2. In dieser Etappe wurde in heftigem Klassenkampf gegen die Vertreter der imperialistischen Bourgeoisie und reaktionären Kräfte in den bürgerlichen Parteien der Staatsapparat von antidemokratischen Kräften gesäubert, die Bodenreform durchgeführt und durch Enteignung der Kriegsverbrecher, Naziaktivisten und Monopolherren ein bedeutender volkseigener Sektor in der Wirtschaft geschaffen. Das in diesem Kampf wachsende Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse, ihr steigender Einfluß, die Festigung ihres Bündnisses mit den Bauern, Kleingewerbetreibenden und demokratischen und nationalen Teilen der Bourgeoisie schuf im Zusammenhang mit den schon erwähnten objektiven Voraussetzungen die Möglichkeit, zur Planung der Volkswirtschaft überzugehen. Die erfolgreiche Erfüllung und Übererfüllung des Zweijahrplanes und der Übergang zum Fünfjahrplan veränderten weiter die ökonomische Struktur und das Klassenkräfteverhältnis. Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik stärkte die demokratische Staatsmacht und sicherte in erhöhtem Maße die erreichten demokratischen Errungenschaften und ihre Weiterentwicklung.
3. Im Ergebnis dieser, sich infolge der Hilfe der Sowjetunion planmäßig, ohne Explosionen vollziehenden revolutionären Umwälzung, in deren Verlauf „die Macht aus den Händen der Klasse der Kapitalisten in die Hände der Werktätigen in Stadt und Land, ... die von der Arbeiterklasse geführt wurden“<sup>2)</sup>, überging, entstanden volksdemokratische Grundlagen der Staatsmacht in der Deutschen Demokratischen Republik. Sie bestehen vor allem in folgendem:
  - a) Die Arbeiterklasse, die von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands geleitet wird, hat im Staat die führende Rolle. Sie ist durch ein festes Bündnis mit den werktätigen Bauern

verbunden, und ihr steht nahe die Schicht der werktätigen Intelligenz, die ihre Kräfte in den Dienst des Volkes stellt.

- b) Die feste ökonomische Grundlage unserer Ordnung ist der volkseigene und genossenschaftliche Sektor, der in der Industrie bis Ende dieses Jahres 81% der Bruttoproduktion erzeugen wird. Der volkseigene Sektor hat sozialistischen Charakter angenommen.
- c) Auf dem Lande gehen die werktätigen Bauern zur Bildung von Produktionsgenossenschaften über.

Ausgehend von dieser prinzipiellen Analyse der II. Parteikonferenz wird es jetzt darauf ankommen, sehr aufmerksam alle politischen und gesellschaftlichen Erscheinungen in unserer Ordnung auf ihren Charakter zu prüfen und sich bei allen Maßnahmen staatlicher und rechtlicher Art fest auf die Elemente der volksdemokratischen Grundlagen unseres Staates zu orientieren, sie zu schützen und zu festigen; denn nur unter dieser Voraussetzung können Staat und Recht bei uns ihre Überbaufunktion erfüllen.

Gleichzeitig aber lehrt uns diese Analyse der bisherigen Entwicklung erkennen, daß die neuen Aufgaben, vor denen wir jetzt beim Übergang zum Aufbau des Sozialismus stehen, zwar einen historischen Wendepunkt auf unserem Wege bedeuten, aber gesetzmäßig aus der bisherigen Entwicklung erwachsen sind, daß sie keinen Bruch oder Sprung in unserer Entwicklung, sondern ihre durch zielbewußtes, planmäßiges Handeln der mit der Waffe des Marxismus-Leninismus ausgerüsteten Arbeiterklasse und ihrer Partei ermöglichte geradlinige Fortsetzung sind.

## III

Für die Erkenntnis der Richtigkeit des Weges, der in der Deutschen Demokratischen Republik bisher beschritten wurde, und seiner konsequenten Fortsetzung durch den Beschluß der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, jetzt zum planmäßigen Aufbau des Sozialismus überzugehen, aber auch für die prinzipiell richtige politische Orientierung aller staatlichen Maßnahmen, jeder Rechtsanwendung ist von größter Bedeutung das Studium der von Walter Ulbricht auf der II. Parteikonferenz dargelegten internationalen und nationalen Bedingungen, die die gegenwärtige Situation und damit die Beschlüsse der Konferenz bestimmen.

Welche sind dies?

1. Die Tatsache der Spaltung der Welt in ein Lager des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus unter der Führung der Sowjetunion und ein Lager des Imperialismus, der Kriegshetze und Aggression, der Unterdrückung und Ausbeutung unter Führung der USA.
2. Die wachsende politische und ökonomische Stärke des Friedenslagers einerseits und die Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus sowie die sich daraus ergebenden wachsenden Widersprüche innerhalb des imperialistischen Lagers andererseits. Die Folge davon ist der Versuch der Imperialisten, einen Ausweg aus diesen Widersprüchen durch die Vorbereitung eines neuen Krieges gegen die Sowjetunion, die Staaten der Volksdemokratie und die Deutsche Demokratische Republik zu finden, eines Krieges, der allerdings „unbedingt die Frage des Bestehens des Kapitalismus überhaupt auf die Tagesordnung setzen würde“<sup>2)</sup>.
3. Das Bestreben der amerikanischen Imperialisten und der revanchellüsteren herrschenden Kreise Westdeutschlands, mit Hilfe des nationalen Verrats der herrschenden Teile der Bourgeoisie und der Führer der SPD durch Unterzeichnung des Generalkriegsvertrages Westdeutschland in ein Protektorat der USA zu verwandeln und es in den aggressiven Nordatlantikblock einzugliedern. Das bedeutet die politische und wirtschaftliche Versklavung Westdeutschlands, die Vertiefung der Spaltung Deutschlands und die Erhöhung der Gefahr für die Existenz der deutschen Nation und den Frieden in Europa.
4. In Westdeutschland „das Anwachsen der nationalen Befreiungsbewegung und des Kampfes der Werktätigen

<sup>2)</sup> Walter Ulbricht, Die gegenwärtige Lage und die neuen Aufgaben der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, „Neue Welt“ 1952, Nr. 15,1 S. 1794 ff.